

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 25. Sitzung, 17. Januar 2013 zum Thema: Aktuelle Stunde - Haushaltspolitik

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Werter Herr Goiny, das war jetzt aber eine Menge Weihrauch. Da müssen Sie aufpassen, dass sie am Ende nicht selber am meisten benebelt sind. Ich war mal Messediener und weiß, wovon ich rede.

Da wir hier aber nicht in der Kirche sind sondern im Abgeordnetenhaus von Berlin sind, empfiehlt es sich vielleicht, auf den Boden der irdischen Tatsachen zurückzukehren.

Hinter dem Haushaltsabschluss von 2012 stecken 10 Jahre Arbeit von allen Abgeordneten, die in dieser Zeit hier im Parlament tätig waren. Und hinter diesem Jahresabschluss steht vor allem die harte Arbeit von Millionen Menschen in Berlin und dem gesamten Bundesgebiet. Denn die erarbeiten unsere Staatseinnahmen – das Steuergeld wird schließlich nicht von SPD und CDU gedruckt.

Der Haushaltsabschluss haben wir in der Tat vor allem der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verdanken. Es ist sehr erfreulich, dass die deutsche Wirtschaft und mit ihr die Steuereinnahmen nach der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 unerwartet rasch auf den langfristigen Wachstumspfad zurückgefunden haben.

Zweitens zeigt der Sparkurs der letzten 10 Jahre endlich Wirkung. Rot-Schwarz hat dazu bisher allenfalls in Gestalt einer Haushaltssperre im ersten Halbjahr 2012 beigetragen. Zu mehr bestand ja gar keine Gelegenheit. Selbst den Haushaltsentwurf haben sie fast fertig vorgefunden.

Die Berliner Erfahrung lehrt allen Unkenrufen zum Trotz: Sparen lohnt sich, wenn man den einmal eingeschlagenen Weg lang genug durchhält. Daran haben alle Fraktionen hier im Haus ihren Anteil. Die Regierungsmehrheit in den 10 Jahren war die längste Zeit Rot-Rot. Gleichzeitig haben wir Grüne in der Opposition den Sanierungsprozess in all den Jahren konstruktiv begleitet und allen Versuchen widerstanden, die damit verbundenen Härten populistisch auszubeuten. Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass das keineswegs selbstverständlich ist. Es war sogar so, dass wir Grüne seit Mitte der 90er Jahre bei der Haushaltssanierung eine treibende Kraft gewesen sind und uns an den wesentlichen Grundsatzentscheidungen aktiv beteiligt haben. Das war gut so und das wird auch so bleiben.

Und drittens sollten wir alle miteinander ruhig zugeben: Den Durchbruch haben am Ende die Maßnahmen zur kommunalen Entlastung gebracht, die dem Bund von den Ländern und Kommunen abgetrotzt wurden. Insgesamt stiegen die „Sonstigen Einnahmen“ in den letzten beiden Jahren um 850 Millionen Euro.

Der Beitrag des neuen Senats hat leider darin bestanden, dass er bis über die Grenze des von der Verfassung Erlaubten hinaus versucht hat, diese neuen Einnahmen zu unterschlagen. Erst unter dem Druck einer Verfassungsklage der Oppositionsfraktionen haben Sie sich bequemt, wenigsten eine Teilkorrektur der Ansätze vorzunehmen.

Ehrlich ist ihr Haushaltsplan aber immer noch nicht, und der Haushaltsabschluss 2013 wird es an den Tag bringen, Herr Goiny! Statt der im Haushaltsplan enthaltenen Neuverschuldung von knapp 500 Millionen Euro erwarte ich einen ausgeglichenen Haushalt. Bloß weitere Zahlungen für den Bankenskandal und das milliarden schwere Flughafendesaster können uns einen Strich durch die Rechnung machen.

Ab 2014 könnte es dann tatsächlich soweit sein, dass wir die Schuldenbremse einhalten können und der Berliner Haushalt in konjunkturellen Normallagen nachhaltig ohne neue Schulden auskommt.

Meine Damen und Herren, Berlin steht vor einer neuen Phase der Haushaltskonsolidierung, in der es wieder Gestaltungsspielräume gibt. Gestaltungsmöglichkeiten wiedergewinnen, das war ja der Sinn der ganzen Sparerei. Und wir Grüne haben in der Tat vor, diese Spielräume im Sinne der Menschen in der Stadt zu nutzen.

Zuallererst sind die Notstandsmaßnahmen der vergangenen Jahre zurückzunehmen, die nur vorübergehend berechtigt waren.

Die in der Not abgesenkten Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins müssen wieder an das in Deutschland übliche Niveau herangeführt werden. Wir alle müssen unser Versprechen von 2002 einhalten, dass es sich bei der Lohnabsenkung um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die Zug um Zug zurückgenommen wird – für die tariflich Beschäftigten des Landes, für die Beamten und für die Beschäftigten der Zuwendungsempfänger Berlins. Wenn Sie das nicht wollen bei SPD und CDU und lieber auf Kosten derer, die für uns arbeiten, die Tilgungsüberschüsse erhöhen - dann müssen sie das auch so sagen! Ich sage Ihnen dann wiederum, das wäre wortbrüchig und unsozial! Und deshalb machen wir das auch nicht mit!

Wir müssen wieder stärker in den Erhalt der städtischen Infrastruktur investieren. Der Senat muss aufhören, Berlins Straßen, Gehwege und Gebäude auf Verschleiß zu fahren und die erforderlichen Unterhaltungsmittel als Sparsbüchse zu missbrauchen. Wenn Sie das nicht wollen, Herr Schneider und Herr Goiny, und lieber die Tilgungsüberschüsse erhöhen anstatt die Schlagzahl bei der Schulsanierung zu erhöhen, dann müssen sie das auch so sagen. Und dann kriegen sie nicht nur Krach mit uns, sondern zumindest Sie, Herr Schneider, auch mit ihrem Fraktionsvorsitzen, falls der weiter zu seinen heutigen Aussagen in Sachen Schulsanierung steht.

Es muss in Berlin wieder einen sozialen Wohnungsbau geben, so wie in allen anderen deutschen Städten auch. Ich erinnere mich gut an 2002, als wir den Ausstieg aus dem irrwitzigen System der Berliner Wohnungsbauförderung beschlossen haben. Da war keine Rede davon, dass wir für alle Zeiten überhaupt keinen vernünftigen sozialen Wohnungsbau betreiben. Wir haben gesagt, dass wir uns in Zukunft am Niveau Hamburgs orientieren wollen, und das wären heute 200 Millionen Euro für die soziale Wohnraumversorgung. Ich sehe überhaupt keinen Grund dafür, von dieser Aussage abzuweichen.

Wenn Sie das bei SPD und CDU nicht wollen, und lieber die Mieter im Stich lassen und die Tilgungsüberschüsse erhöhen - dann müssen sie das auch so sagen! Dann müssen Sie uns bloß noch erklären, was mit den „sozialen Impulsen“ des

Regierenden Bürgermeisters eigentlich gemeint ist. Für uns Grüne kann ich jedenfalls verbindlich erklären, einen solchen Kurs machen wir nicht mit. Wir lassen die Berliner Mieter nicht im Regen stehen!

Am Ende summiert sich das bis 2017 zu Mehrausgaben von 700 bis 800 Millionen Euro. Es wäre aber hinzuzufügen, dass wir nach menschlichem Ermessen in 5 Jahren auch mindestens 1,5 Milliarden Euro höhere Einnahmen haben werden als heute. Und wir dürfen nicht vergessen, dass noch knapp 500 Millionen Euro strukturelle Einsparungen an anderer Stelle hinzukommen, zu denen sich Berlin verpflichtet hat und die wir Grüne jedenfalls nicht in Frage stellen.

Da ist also noch genug Luft für böse Überraschungen. Bei Koalitionen von CDU und SPD kann man ja nie ganz sicher sein, welchen Milliarden Schaden sie als Nächstes produzieren - nach Haushaltsnotlage in den 90ern, dem Bankenskandal 2001 und dem Flughafendesaster jetzt.

Nein, nicht wir Grünen sind ein Risiko für die weitere Haushaltssanierung. Das sind wir nie gewesen und das werden wir auch nicht sein, weil für uns die Werte Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit über allem anderen stehen. Wären wir eine Firma, würde man sagen, das ist unser Markenkern.

Nein, das größte Haushaltsrisiko für Berlin heißt Klaus Wowereit! Die größte finanzpolitische Fehlentscheidung haben Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, letzte Woche getroffen, als sie Klaus Wowereit im gegen jede politische Vernunft und Moral im Amt gehalten haben.

Stellvertretend für viele zitiere ich Stuttgarter Zeitung, die dazu schrieb: „Zu Recht hat die grüne Oppositionsführerin Ramona Pop im Parlament die Frage gestellt, ob man einem so angeschlagenen Politiker wie Wowereit noch zutrauen könne, die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich für Berlin erfolgreich zu führen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Das sieht jeder so, der Augen hat zu sehen.

Oder wie sollen wir uns das vorstellen? Wenn nach der Bundestagswahl die Gespräche über die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland losgehen, läuft Klaus Wowereit im Kreis der Ministerpräsidenten auf und wird freundlich begrüßt: „Hallo Klaus, schön dass Du da bist. Was können wir für dich, dein Flughafenproblem und unsere Hauptstadt tun.“

Klar, das würde ohnehin kaum so passieren, aber nach dem Flughafendesaster werden die Verhandlungen für uns erst Recht beinhart. Da geht es nicht um 300 Millionen Euro Überschuss, nicht um Selbstbeweihräucherung und nicht um Sesselkleben.

Da geht es um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt! Und dafür ist dieser Senat inhaltlich und personell verdammt schlecht aufgestellt.

Wir haben letzte Woche die Möglichkeiten ausgeschöpft, die uns die Verfassung an die Hand gibt. Sie, meine Damen und Herren, von SPD und CDU haben es immer noch in der Hand, sich personell neu aufzustellen und den erwartbaren Schaden von Berlin abzuwenden.